

Marzahn- Hellersdorf *links*

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt

In der Rubrik „Zur Person“ stellen wir Ihnen Siegfried Birkner vor, der unermüdlich ehrenamtlich tätig ist, weil, wie er selbst sagt, das „Gelegenheit weiterer Persönlichkeitsentfaltung“ über Arbeit und Ruhestand hinaus ist Seite 2

Programmdebatte in der LINKEN, Diskussionen in Basisgruppen, Veröffentlichungen in den Printmedien und darüber dann weitere Debatten. Auch wir beteiligen uns daran. Neue Meinungsäuberungen auf Seite 3

Die Gärten der Welt erfreuen nicht nur Marzahn-Hellersdorfer Bürgerinnen und Bürger. Charakteristisch ist die Vielfalt der angelegten Gärten. Internationales Flair in unserem Bezirk. Nur einer soll jetzt „aus der Reihe tanzen“? Seite 5

Jetzt schon 2011 im Blick: **Wahlen in Berlin und den Bezirken**

Das Wochenende am 22. und 23. August sah den Bezirksvorstand und die Fraktion an historischer Stätte im Schlosshotel Rheinsberg versammelt.

Traditionell nach der Sommerpause, bevor wieder alle in die Arbeit eintauchen, nehmen wir uns Zeit zum Bilanzieren und die Beratung neuer Aufgaben.

Die Abgeordneten Bärbel Holzheuer-Rothensteiner, Wolfgang Brauer, unsere Vorsteherin der BVV, Petra Wermke, Dagmar Pohle, Bezirksbürgermeisterin, Norbert Lüdtkke, Bezirksstadtrat, waren ebenfalls dabei, Manuela Schmidt war noch im verdienten Urlaub.

Fernab des Großstadtgetriebes und frei von sonstigen Terminen und Zeitdruck haben wir ein straffes Programm bewältigt.

Die Verständigung über unsere Ausgangssituation und die Arbeitsschritte zur Vorbereitung der Kommunalwahlen im nächsten Jahr standen im Mittelpunkt der Beratungen.

Der Vorstand hatte den Entwurf eines Maßnahme-Zeitplanes für die Wahlen, Grundlagen für die Wahlkampfstrategie und den Entwurf des Leitantes für die Hauptversammlung in Auswertung der Studie „Zur sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen in Marzahn-Hellersdorf“ vorgelegt.

Da durch die Terminplanung im nächsten Jahr ein kurzer, aber sicherlich intensiver Wahlkampf zu erwarten ist, müssen vor der Sommerpause alle Voraussetzungen inhaltlicher, personeller und organisatorischer Art geschaffen sein.

An politischem Selbstbewusstsein fehlt es uns nicht, aber damit allein werden wir unsere Stimmresultate als stärkste Partei im Bezirk nicht verteidigen können.

Die Verständigung hat ergeben, dass wir jetzt

mit der Arbeit beginnen müssen und werden. Die Aufgaben sind verteilt.

Die kommunalpolitische Bilanz, an der wir in Verantwortung sowohl im Bezirksamt, als auch in der Bezirksverordnetenversammlung messbaren hohen Anteil haben, ist gut. Das werden



In unmittelbarer Nähe des malerischen Schlosses Rheinsberg gingen Fraktion und Bezirksvorstand „in Klausur“.

wir mit einem Material dokumentieren. Deutlich müssen wir auch machen, in welchen politischen und finanziellen Rahmenbedingungen wir unsere Arbeit leisten und wie es uns gelungen ist, innerhalb dieser, linke Politik für die Bürgerinnen und Bürger unseres Bezirkes zu gestalten.

Wir haben uns über eine Reihe von Schwerpunkten in der Kommunalpolitik, sozusagen „Dauerbrenner“ verständigt, dieser Prozess wird weitergeführt, damit wir in unserem neuen Wahlprogramm dazu Aussagen treffen können. Wichtig war die Diskussion zum Entwurf des Haushaltsergänzungsplanes 2011. Den müssen wir, da wir noch immer auf unseren „Altschulden“ sitzen, vorlegen, sonst droht uns als Bezirk eine Haushaltssperre. Das wäre als Start in das Wahljahr 2011 sehr ungünstig. Als wichtigste Botschaft darf vermeldet werden, dass wir um einen ausgeglichen Haushalt ringen. Unsere

Fraktion hat gegenüber dem Bezirksamt ihre Erwartungen formuliert. Fraktion, Mitglieder des Bezirksamtes und Abgeordnete werden gemeinsam dafür eintreten, dass unsere Forderungen gegenüber der Senatsverwaltung für Finanzen Gewicht erhalten.

Weitere Tagesordnungspunkte waren die bezirkliche Kulturarbeit, soziale und ökologische Stadt, Aktionsraum plus, das Zentrenkonzept, Informationen zur Verwaltungsreform und zur Personalsituation im Bezirksamt.

Eineinhalb Tage sind nicht viel für dieses umfangreiche Programm. Da für alle Schwerpunkte schriftliche Ausarbeitungen vorlagen, konnten wir es bewältigen. Dank für die inhaltlich/konzeptionelle Vorbereitung schulden Vorstand und Fraktion den Mitgliedern unseres Bezirksamtes Dagmar Pohle und Norbert Lüdtkke, den Bezirksverordneten Renate Schilling, Ute Thomas, Regina Kittler (ihr auch für die Organisation der Klausur), Hassan Metwally und Björn Tielebein.

Norbert Seichter, Bezirksvorsitzender

Was gibt's noch?

Seite 2:

- Zur Person: Siegfried Birkner
- Petra Pau: Dümmer geht's kaum!

Seite 3:

- Anmerkungen zur Programmdebatte
- Lautstarker Protest

Seite 4:

- Infosplitter
- Neues aus der BVV

Seite 5:

- Gärten der Welt und eine umstrittene Namensgebung
- Bezirkliche Zentren stärken!

Seite 6:

- Aus dem Bezirksvorstand
- Man gönnt sich ja sonst nichts ...
- Aus den Siedlungsgebieten

Seite 7:

- Jugendseite

Seite 8:

- Tipps und Termine
- Hinten links

DIE LINKE.

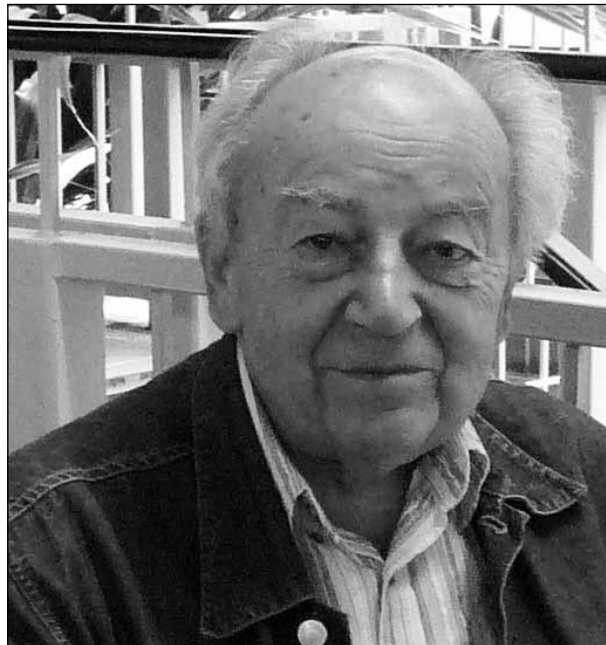
Zur Person: Siegfried Birkner

Unermüdlich im Ehrenamt ...

... ist es doch „Gelegenheit weiterer Persönlichkeitsentfaltung“ über Arbeit und Ruhestand hinaus, sagt Siegfried Birkner. Er hat sich die Worte des Schriftstellers, Malers, Grafikers und Experimentalfilmers Peter Weiss „Kultur ist zu wagen, Lesen zu wagen, an eine eigene Ansicht zu glauben, sich zu äußern wagen“ zu Eigen gemacht hat. Und er äußert sich oft. Als Zeuge einer spannenden Zeit, hat der 82-Jährige viel zu sagen, mit Humor und einer erfrischenden, jung gebliebenen Art.

Frühe Stationen seines turbulenten Lebens sind u.a. Volksschule, Lehrerbildungsanstalt, Reichsarbeitsdienst, Wehrmacht, Kriegseinsatz mit Verwundung, Heimkehr im Mai 1945, seine Arbeit als Neulehrer im sächsischen Frankenberg. Der mit Leib und Seele Unterrichtende qualifizierte sich zum Fachlehrer für Biologie und Chemie. Einem Sturz ins kalte Wasser gleich, kam sein Einsatz als Direktor an der EOS (Erweiterte Oberschule, Klasse 9-12) in Werdau. Er musste sich dabei auch mit schwierigen, haftentlassenen Jugendlichen auseinandersetzen. Nach dem „Freischwimmen“ und erfolgreicher Aspirantur und Pro-

motion zum Dr. paed. war Siegfried Birkner von 1969 bis 1990 als wissenschaftlicher Mit-



Siegfried Birkner

Foto: S. Behrens

arbeiter an der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR in Berlin tätig. Die wurde im Zuge der misslungenen Gestaltung der Wiedervereinigung ersatzlos abgeschafft.

Mit dem sich anschließenden Vorruhestand entwickelten sich zunehmend journalistische und literarische Aktivitäten. Die „jot w.d.“ profitiert seit mehr als zehn Jahren von Birkners Beiträgen. Die Bürgerzeitung legt Wert auf Meinungsäußerungen, vermutlich deswegen fühlt sich der ehrenamtliche Autor dort so wohl. Nicht minder schätzt die Alternative Bibliothek „Peter Weiss“ in Hellersdorf, die am 18.9. dieses Jahres ihr 20-jähriges Bestehen feiert, seine Wort schöpfende Kreativität. Die Bibliothek beschränkt sich nicht auf die Ausleihe von Büchern, Zeitschriften und anderen Medien. Sie ermöglicht Leserinnen und Lesern den Gedanken- und Meinungsaustausch insbesondere durch öffentliche Begegnungen mit Autoren in Berlin-Hellersdorf. Die Palette reicht von Buchpremierern, Lesungen bekannter Autoren bis hin zu Geschichten von Leuten aus der Nachbarschaft. Als Mitglied des Fördervereins ist Siegfried Birkner auch dort ehrenamtlich tätig und erhielt 2007 auf Vorschlag des Vereins und der Redaktion der „jot w.d.“ den Ehrenamtspreis der BVV.

Auch damit nicht genug. Als Sprecher der Basisgruppe 87 kann man Genossen Birkner bei den Sprecherberatungen, Basiskonferenzen, Hauptversammlungen treffen. Sechs von den zehn Mitgliedern seiner BO sind älter als 80, da würden sie sich über Unterstützung von jüngeren Genossen freuen, nicht nur bei der Verteilung von Wahlwerbung.

Sabine Behrens

Petra Pau (MdB): Dämmer geht's kaum!

Die Idee war gut. Auf der Web-Seite der Linksfraktion im Bundestag berichteten täglich Abgeordnete, was sie im „Sommerloch“ so taten, in ihrem Wahlkreis und für ihren Wahlkreis. Das so gefüllte Kompendium ist beachtlich.

Aber es blieb nebensächlich. In den „großen“ Medien kam DIE LINKE im Sommerloch ganz anders vor. Die Schlagwörter hießen „Klaus“ und „Ernst“ und „Porsche“ und „Champagner“, ein „Vorsitzender vor dem Fall“.

Und jeden Tag fand sich ein anderer aus der LINKEN, der ein brauchbares Zitat lieferte. Mal aus dem Osten, mal aus dem Westen, besonders gern genommen wurden die aus Bayern, dem „Heimatverband“ von Klaus Ernst.

So einfach hatten es „Journalisten“, ihre Büchsen zu laden. Und so billig konnten „Magazine“ ihre Salven wider DIE LINKE schießen. Ich finde: „Herr, wirf Hirn runter! Und spare DIE LINKE nicht aus!“

Auch den Vorstand nicht! Es scheint unterschiedliche Gerechtigkeits-Vorstellungen zwischen Basis und Führung zu geben. Die löst man aber nicht mit simplen Treueer-

klärungen. Nicht nach außen, nicht intern. Möglicherweise prallen auch hier konträre Kulturen aufeinander: Solidaritäts-Gefühle-

als „Schatzmeister“ der Bayerischen LINKEN schwere Geschütze gegen Klaus Ernst auf-fahren. Der Irrsinn schlägt Blasen!



Das Marzahn-Hellersdorfer Kinder- und Jugendbüro bedankt sich bei Petra Pau, die auch in diesem Jahr wieder für den Feriensommer im Bezirk gespendet hat. Foto: H. Wagner

Ost und Honorar-Ansprüche-West, Hartz-IV-Sorgen hie, IG-Metall-Bezüge da. Darüber wäre gelegentlich zu reden, miteinander!

Auch über Linke aus Bayern, die selbst lange null Euro Parteibeitrag gezahlt haben und nun

Apropos „Linke in Bayern“: In meinen Beiträgen zur Serie „Sommer im Wahlkreis“ auf der Web-Seite der Bundestagsfraktion geht es um Aktionen und Erfahrungen im Bayerischen Allgäu. Es entwickelt sich, Genossen!

Übrigens: Ging es nicht um DIE LINKE, dann wurden medial andere Themen gehandelt. Die „Rente ab 70“ wurde ins Spiel gebracht, „street view“, also der Datenschutz, ebenso die de facto Abschaffung der Wehrpflicht.

War DIE LINKE bei alledem wahrnehmbar? Kaum! Die fast immer. Gewiss doch, die Medien spielen ihr Spiel.

Aber wer im „Sommerloch“ voller Inbrunst interne Scharmützel feilbietet, sollte sich nicht beschweren.

Anmerkungen zur Programmdebatte in der LINKEN

Entschiebung der BO 77

In jüngster Zeit mehren sich die Angriffe gegen den Entwurf des neuen Parteiprogramms der LINKEN. Er sei zu „schwarz-weiß“, „zu widersprüchlich“, „zu beliebig“ (Petra Pau) er beschreibe die Welt „an vielen Stellen als blankes Horrorszenario“ (Klaus Lederer), ein Szenarium könnte heißen „den Programmentwurf völlig in Frage stellen und einen neuen zu fordern“ (Forum demokratischer Sozialisten). Durch diese Angriffe fühlen wir uns herausgefordert und erklären:

Wir befürworten den Programmentwurf in seiner prinzipiellen Kapitalismuskritik, in sei-

nem Ziel, den Demokratischen Sozialismus als eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und ohne Unterdrückung, in seinen friedenspolitischen Grundsätzen. Wir sind die einzige Antikriegspartei im Bundestag. Kriege sind und waren immer Kriege um Rohstoffe und Absatzmärkte.

Wir wollen, dass sich DIE LINKE niemals daran beteiligt. Deshalb sind wir auch gegen die Möglichkeit, Militäreinsätze nach Kapitel VII der UNO-Charta anzuerkennen.

Die Mitglieder der BO 77 haben dieser Entschliebung in der Mitgliederversammlung am 28.6.2010 zugestimmt.

Monika Stief, Sprecherin der BO 77
DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf

Auf der Höhe der Zeit

Katja Kipping, stellvertretende Vorsitzende der Partei DIE LINKE, erklärte kürzlich, dem Programmentwurf der LINKEN „fehlt der Respekt vor der Vielfalt der linken Bewegung“. Er sei nicht „auf der Höhe der Zeit“. Die DGB-Gewerkschaften würden „kritiklos zum privilegierten Bündnispartner einer linken Politik erhoben“.

Das ist starker Tobak. Umso mehr, als man diese Vorwürfe dem Parteiprogramm beim besten Willen nicht entnehmen kann. Dort steht wörtlich: „Wir wollen ein Bündnis von Gewerkschaften, globalisierungskritischen und gesellschaftlichen Initiativen, sozialen Bewegungen, progressiven Menschen aus Wissenschaft und Kultur und der parteipolitischen Linken entwickeln.“ Soviel zum Respekt vor der Vielfalt der linken Bewegung, den Katja Kipping vermisst.

Im Programmentwurf heißt es weiter: „Besonders wichtig sind dabei starke, aktive, kämpferische und politisch eigenständig handelnde Gewerkschaften.“ Diese Hervorhebung der Gewerkschaften, die gleichzeitig einen Anspruch beinhaltet, missfällt offensichtlich Katja Kipping, die darin eine „Avantgardestellung“ sieht, obwohl davon nirgends die Rede ist. Im Programmentwurf wird auf eine Besonderheit der Gewerkschaften gegenüber allen anderen sozialen Kräften aufmerksam gemacht. Sie haben ihre Verankerung in der Arbeitswelt. Sie haben damit, so heißt es im Programmentwurf, „eine gesellschaftliche Machtposition, die andere soziale Gruppen nicht haben“. Wie weit sie diese nutzen, liegt nicht nur, aber auch und vor allem an den Gewerkschaftsmitgliedern.

Als langjähriges Mitglied der Gewerkschaft ver.di begrüße ich im Gegensatz zu Katja Kipping die Formulierungen über die Gewerkschaften im Programmentwurf sehr. Sie entsprechen der Realität in unserem Land und sind damit auf der Höhe der Zeit. Die Gewerkschaften geringzuschätzen wäre ein Fehler. Er führt ins Abseits.

Achim Becker
BO 77

Lautstarker Protest vor Rassisten-Zentrale

Es ging ziemlich laut zu am 19. August beim frühmorgendlichen Protest des Bündnisses „Rechtspopulismus stoppen“ zur Einweihung des trostlosen mickrigen Büros der rassistischen, islamfeindlichen Pro-Deutschland-Partei in der Marzahner Allee der Kosmonauten. Mit dabei auch Dagmar Pohle, Bezirksbürgermeisterin von Marzahn-Hellersdorf.

Parteizentralen stellt man sich anders vor, aber zu mehr hat es offensichtlich bei den Antislamisten und Rechtspopulisten nicht gereicht.

Pro Deutschland versucht sich zwar vollmundig abzugrenzen von der rechtsextremen NPD, aber in ihrem Hass gegen die angebliche „Überfremdung“ Deutschlands im allgemeinen und Berlin im speziellen sind sie sich einig. Seit nunmehr zehn Jahren haben wir in Treptow-

Köpenick die Bundeszentrale der neofaschistischen NPD, und wir werden als bezirkliches Bündnis für Demokratie und Toleranz nicht

nachlassen, diese Verfassungsfeinde zu demaskieren. Die nächste Gelegenheit dazu wird am 18. September sein, wo die Nazi-partei eine Kundgebung gegen das geplante Integrationsgesetz plant. Den Ort halten sie wie so oft noch geheim, aber zusammen mit vielen Berlinerinnen und Berlinern werden wir ihnen wieder zeigen, dass in dieser Stadt nirgendwo rassistische Propagandaparen geduldet werden.

Dr. Hans Erxleben
Leiter AG Antifaschismus Die Linke
Treptow-Köpenick,

Sprecher Bündnis für Demokratie und Toleranz, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus Treptow-Köpenick



Unter den Protestierenden: Dagmar Pohle, Bezirksbürgermeisterin (vorn rechts), und Norbert Seichter, Bezirksvorsitzender der LINKEN Marzahn-Hellersdorf (2.v.l.). Foto: Kappa Photos

„Schöner leben ohne Nazis am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf“

Unter dem Motto findet am 30. September 2010 ab 16.00 Uhr auf dem Alice-Salomon-Platz vorm Rathaus Hellersdorf die zweite Veranstaltung dieser Art in unserem Bezirk statt.

Gemeinsam mit vielen engagierten Mitstreitern von Parteien, sozialen Trägern, den Stadtteilzentren, Vertretern des Bezirksamtes sind die organisatorischen Vorbereitungen unter der Regie von Thomas Bryant, Projekt-Koordinator der „Bezirklichen Koordinations-

stelle gegen demokratiegefährdende Phänomene und Rechtsextremismus Marzahn-Hellersdorf“ („Polis“) so gut wie abgeschlossen. DIE LINKE ist mit Karin Sledge vom Bezirksvorstand und mir in der Vorbereitungsrunde vertreten und hat nicht nur logistisch, sondern auch finanziell einen großen Anteil am Gelingen des Festes. Das wird mit interessanten musikalischen Beiträgen von Jugendlichen aus dem Bezirk und von weiter her, Podiumsgesprächen, einem kleinen Film zum Thema sowie einer „Stolpersteinaktion“

ein eindeutiges und wichtiges Bekenntnis für einen weltoffenen, toleranten Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf sein.

Alle, die sich an diesem Tag gemeinsam mit den Akteuren gegen Rassismus, dumpfen Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit artikulieren möchten, sind herzlich eingeladen, dabei zu sein.

Sabine Schwarz
Stv. Bezirksvorsitzende

Infosplitter

Friedensfahne

Nachdem unsere Fraktion im Februar 2010 nochmals einen Antrag in die BVV eingebracht hatte, wird am 1. September 2010 die Friedensfahne in der Nähe des Rathauses Helle Mitte gehisst werden.

Ärztliche Versorgung

Auf unseren Antrag hin hat das Bezirksamt einen ausführlichen Bericht zur ärztlichen Versorgung von Heimbewohnerinnen und -bewohnern von Senioren- und Pflegeheimen vorgelegt. Von 16 angefragten Einrichtungen haben sechs auf ein entsprechendes Schreiben des Bezirksamtes geantwortet. Im Ergebnis der Antwortschreiben wird u.a. festgestellt, dass die hausärztliche Versorgung im Wesentlichen noch als gesichert angesehen werden kann, ist in den einzelnen Heimen jedoch sehr unterschiedlich. Problematischer ist die fachärztliche Versorgung vor allem für die Heimbewohner/innen, die nicht mehr mobil sind. Auch die Seniorenvertretung von Marzahn-Hellersdorf schätzt die haus- und fachärztliche Versorgung der Heimbewohner/innen als problematisch ein. Der gesamte Bericht kann im Internet (Drucksache Nr. 1435/VI) eingesehen werden.

Aufzug

In der ersten Juliwoche hat die Bahn-AG mit dem Bau der Aufzüge für den S-Bahnhof Biesdorf begonnen. Damit kann ein schon lange geplantes und von Bürgerinnen und Bürgern gefordertes Projekt, nicht zuletzt auch ein Vorschlag im Rahmen des Bürgerhaushalts, umgesetzt werden.

Grundsteinlegung

Am 5. August 2010 wurde der Grundstein für den Neubau eines eingeschossigen barrierefreien Sportfunktionsgebäudes für die Sportanlage Lassaner Straße 19 gelegt. Die Anlage wird vor allem vom SG Stern Kaulsdorf e.V. genutzt, der gegenwärtig 350 Mitglieder (davon 200 Kinder und Jugendliche) hat und 2011 sein 85-jähriges Jubiläum feiert. Der Neubau soll bis Dezember 2010 fertiggestellt werden.

Straßenbauarbeiten in der Hellen Mitte

Im September beginnen Straßenbauarbeiten in der Hellen Mitte, wobei die provisorischen Parkplätze in der Lyonel-Feininger-Straße und parallel zur Fritz-Lang-Straße entfernt werden, dafür werden Gehwege angelegt. An der Janusz-Korczak-Straße werden Bäume gepflanzt. Außerdem werden auf beiden Seiten in der Riesaer Straße der Rad- und Gehweg, vom U-Bhf. Hellersdorf bis zur Heidenauer Straße/Oelsnitzer Straße, erneuert.

Dr. Renate Schilling

Wernerbad wird

kein Freibad mehr sein

Linksfraktion bezieht Position für öffentliche Nachnutzung

In der ersten Sitzung der BVV nach der parlamentarischen Sommerpause berieten die Verordneten u.a. über die Zukunft des Areals des ehemaligen Wernerbades in Kaulsdorf.

Der Verein der „Freunde des Wernerbades“ hatte sich in den vergangenen Jahren für eine Wiedereröffnung des ältesten Freibades Berlins stark gemacht. Eine Arbeitsgruppe des Bezirksamtes musste nunmehr feststellen, dass es keine Möglichkeiten gibt, die Anlage als Badeeinrichtung wieder in Betrieb zu nehmen. Jetzt muss es darum gehen, eine Nachnutzung des Geländes im Sinne der BewohnerInnen des Stadtteils zu erreichen. Zuständig hierfür ist der Eigentümer – die Berliner Bäderbetriebe. Dazu äußerte ich mich im Namen der Linksfraktion: „Wir haben hier eine große Chance, dass auf diesem Gelände eine öffentliche Erholungsanlage entstehen kann, die für die AnwohnerInnen ein Zugewinn an Lebensqualität im Stadtteil bedeutet“.

Der Verein hat zugesagt, selbst ein Konzept für eine entsprechende Nachnutzung zu erarbeiten. Die BVV wird diesen Prozess begleiten und unterstützen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde ein von allen Fraktionen getragener Antrag verabschiedet, der das Bezirksamt darin unterstützt, sich für die Aufhebung des Mietvertrages der Geschäftsstelle von „Pro Deutschland“ einzusetzen. Die rechts-populistische Partei hatte erst in der vergangenen Woche ihre Bundesgeschäftsstelle in der Allee der Kosmonauten eröffnet. Bürgermeisterin Dagmar Pohle (DIE LINKE) hatte sich unmittelbar an den Vermieter gewandt und eine Kündigung des Mietverhältnisses angeregt.

Bjoern Tielebein

Literatur-Reise

ins Brandenburger Land

Unsere **fünfte Literaturreise** führt uns vom 30. – 31.10. 2010 ins Brandenburger Land. Diesmal im Gepäck das bei Suhrkamp erschienene Buch „Havemann“, über das das ND titelte: „Geschichte persönlich genommen; Florian Havemann über seinen Großvater, seinen Vater und sich“.

Ein Buch, über das sich trefflich streiten lässt und das am besten wohl mit dem Autor selbst bei einer Lesung. Wie immer gibt es ein „Begleitprogramm“, das uns in das Museumsdorf Glashütte führt.

Regina Kittler, stellv. Fraktionsvorsitzende
Preis pro Person mit Halbpension, Busfahrt und Programm: 100 Euro im Doppelzimmer (EZ: 115 Euro ; 3erZ: 95 Euro; 4erApp.: 90 Euro)

Teilnahmemeldungen bis zum 25.9.2010

• per Mail: regina.kittler@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

(Hier gibt es auch weitere Informationen.)

• per Post: Linksfraktion, Regina Kittler, Helene-Weigel-Platz 8, 12681 Berlin

• per Fax: 030 54431891

Post an uns: Feiglinge

Sommers am Morgen danach liegen sie im Biesdorfer Schlosspark breit gestreut rum, die durchsichtigen Flachmänner der Feiglinge, manche in stabiler Seitenlage neben Lesewiese und Teehaus. Letztere Objekte sind Ausdruck für Bildung und Zivilisation, die dann oft nur an Vandalismus und die PISA-Studien denken lassen. Die im Biesdorfer Schlosspark zahlreich anzutreffende Jugend bezeichnet sich selbst als modern, freiheitlich gesinnt und betont grün und/ oder links (rot). Sie hat vor Jahren ihre Vertreter an der Ausarbeitung der Parkordnung teilnehmen lassen. Heute lassen sie einfach wieder ihren Unrat fallen, manche alkoholisiert sich gleich dazu. Darauf angesprochen, ist das nicht ihr Müll und sie sind es gar nicht selbst. Die verbalen Versprechen, ihre Abfälle würden sie in den mitgebrachten Mülltüten wieder mit nach Hause nehmen, sind im Regelfall nur Schall und Rauch, natürlich dieser schwer duftende. Die „Alten“ sollen ruhig mal jobben für ihre 1,- EUR (+50) die Stunde. Und in den Abfallkübeln wühlen doch nur „Penner“ und „Alkis“.

Kann Jugend, da selbst ohne ausreichende Möglichkeiten zu arbeiten, Achtung vor der Arbeit anderer entwickeln? Und umgekehrt, die arbeitende Bevölkerung vor solch' achtlosen Jugendlichen? Was mich das alles angeht? Mir reicht es eben nicht, nur mit Jugendlichen zu sprechen und deren Flaschenscherben im Park mit aufzulesen – auch vom Kinderspielplatz vor dem Park. Übrigens: Kindertag ist längst vorbei. Der 5. September ist der Internationale Jugendtag.

Bernd-R. Lehmann

„Schildbürgerstreich“ am Reformationstag

Nach Schildau und Torgau startet für Frühauftreter – Abfahrt 7.00 Uhr vom und Rückkehr gegen 20.00 Uhr am U-/S-Bahnhof Wuhletal – am Reformationstag (Sonntag, 31. Oktober) eine IG-BAU-Bustour (Interessierte können mitreisen!).

Auf dem Programm stehen ab 10 Uhr u. a. Führungen durchs Museum der Schildbürger, die Gneisenau-Gedenkstätte (samt historischer Feier zum 250. Geburtstag), die Torgauer Altstadt (Luther) und das Schloss Hartenfels – eine Fürstenresidenz der Renaissance und Stätte des Strafvollzugs (Torgau war die Zentrale der Wehrmachtjustiz) – sowie der historische Brückenkopf. Zu Mittag gibt es ungarischen Kesselgulasch und Getränke, dazu Gourmet-Tipps vom Koch.

Interessenten melden sich bis zum 30. September verbindlich an durch die Einzahlung des Beitrages (Eintritt und Mittag inklusive) von 27 EUR unter Angabe von Name und Vorname sowie Verwendungszweck „Schildau“ auf Konto: B.-R. Lehmann Kto.-Nr.: 6600733339 bei der Berliner Sparkasse, BLZ: 100 500 00. Rückfragen beantwortet gern auch die Geschäftsstelle.

Bernd-R. Lehmann

Die „Gärten der Welt“ – und eine umstrittene Namensgebung

In meinem Wahlkreis liegen die wunderschönen „Gärten der Welt“. Bekanntlich soll dort in einigen Wochen ein neuer Themengarten eröffnet werden. „Christlicher Garten“ soll er laut Mehrheitsbeschluss des Aufsichtsrates der Berlin Grün GmbH (gegen die Stimme der Marzahn-Hellersdorfer Bürgermeisterin) heißen.

Damals war „Christlicher Garten“ noch ein Arbeitstitel, doch ich konnte schon letztes Jahr erleben, welch heftige Emotionen er hervorrief. Bürgerinnen und Bürger äußerten mir gegenüber offen ihr Unverständnis darüber, dass ein „Garten der Welt“ nach einer Religion benannt werden soll, ausgerechnet hier, bei uns im Bezirk, mit so wenigen konfessionell gebundenen Menschen. Würden künftig dann kirchliche Würdenträger zu Fest- und Feiertagen anreisen? Würden sich künftig religiöse Gruppen und auch Sekten dort treffen und würden sich andere BesucherInnen dadurch belästigt fühlen?

Den Bedenken der BürgerInnen, wie auch den unterschiedlichen fachlichen Auffassungen zur Namensgebung und der Position der zuständigen Senatsverwaltung widmete die „Berliner Zeitung“ vom 16. August 2010 einen Artikel. Darin wird auch der Frage nachgegangen, was einen „Christlichen Garten“ eigentlich ausmachen würde.

Zuordenbar seien demnach eigentlich nur die Wände aus Metallbuchstaben mit Textpassagen aus dem Alten und dem Neuen Testament. Eine originäre christliche Gartenkunst gäbe es nicht, sondern nur christliche Elemente in der Gartenkunst, wird Hendrik Gottfriedsen, ehemaliger langjähriger Geschäftsführer der Grün Berlin GmbH und geistiger Vater der „Gärten der Welt“ zitiert. Dass sei in anderen Religionen, wie dem

Hinduismus, dem Buddhismus und dem Islam völlig anders - trotzdem seien z.B. der „Chinesische Garten“ oder der „Japanische Garten“ nicht nach Religionen benannt.

Im Islam z.B. sei der Garten des Paradieses



Wasserspiele im Orientalischen Garten. Foto: S. Behrens

sogar im Koran beschrieben worden und schon lange seien „islamischer“ oder „islam-arabischer Garten“ Begriffe in der Fachliteratur. Dennoch sei der „Islamische Garten“ 2004 in „Orientalischer Garten“ unbenannt worden. Auf Wunsch von Stadtentwicklungssenatorin Junge-Reyer - denn kein „Garten der Welt“ sollte den Namen einer Religion tragen.

Dass dies bei einem „Christlichen Garten“ nun anders sein soll, ist auch aus meiner Sicht un-

verständlich. Heinrich Niemann, Vorsitzender des Vereins „Freunde der Gärten der Welt“ und zuvor als Stadtrat langjähriges Aufsichtsratsmitglied von Grün Berlin, beschreibt die Emotionen und Bedenken der Menschen bei Führungen durch die „Gärten der Welt“, die genau in diese Richtung gehen würden. Die Kritik an der Namensgebung hat also neben den schwerwiegenden fachlich-gartenkünstlerischen Argumenten auch eine lokale und politische Dimension. In unserer weltoffenen Stadt Berlin jetzt einen religionsbestimmten Garten herauszuheben - woraus soll sich das begründen? Wie Hendrik Gottfriedsen fordert auch Heiner Niemann, bis zur Eröffnung neue Vorschläge zu entwickeln und die Berlinerinnen und Berliner dann dazu zu befragen. Die „Basta“-Position der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, die Namenfindung sei abgeschlossen und einen passenderen Namensvorschlag hätte es nicht gegeben, kann ich nicht folgen. Es bleibt ja offen, welche Namensalternativen es gegeben hat. In früheren Verlautbarungen war - bescheidener - vom Vorbild und von Elementen eines Klostersgartens oder eines Kreuzganggartens die Rede.

Auch aus meiner Sicht ist noch genügend Zeit für einen solchen Namensfindungsprozess. Zu heikel auch in Bezug auf andere Religionen ist die Thematik, als dass nicht alle Möglichkeiten genutzt werden sollten, doch noch Alternativen zu finden.

Insofern kann ich nur dazu aufrufen, sich öffentlich zu äußern - in Leserbriefen an die „Berliner Zeitung“, in Briefen an die Stadtentwicklungsverwaltung oder an den Verein „Freunde der Gärten der Welt“. Denn „Nomen est Omen“.

Bärbel Holzheuer-Rothensteiner,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Bezirkliche Zentren stärken - dieser Anspruch bleibt!

Die Stärkung der bestehenden Zentren gehört zu den grundlegenden kommunalpolitischen Aussagen der LINKEN im Bezirk. Eine wesentliche Komponente war die Erarbeitung eines Zentrenkonzeptes.

Seit 2007 waren die rechtlichen Voraussetzungen dafür vorhanden und für unseren Bezirk wurde 2008 ein Zentrenkonzept beschlossen. Dem voraus ging eine mehrmonatige enge und gute Zusammenarbeit im Bezirksamt, besonders zwischen der Stadtplanung und der Wirtschaftsförderung.

Seit Inkrafttreten des Zentrenkonzeptes wurden 27 Vorhaben im Bezirk angemeldet. Davon mussten sechs negativ beschieden werden. Das bedeutet: Zwei Drittel der Akteure, Investoren und Entwickler haben ihre Vorhaben nach den Leitlinien des bezirklichen Konzeptes ausgerichtet. Von den positiv beschiedenen Vorhaben waren die Hälfte Ersatz- bzw. Modernisierungsmaßnahmen an bestehenden Zentren oder Einzelstandorten.

Eines der größeren Vorhaben ist die Entwicklung des Mahlsdorfer Zentrums. Es ist kein

Geheimnis, dass im Bezirksamt zur Vorgehensweise und zur Größenordnung ein längerer Diskussionsprozess stattfand. Das Bezirksamt hat mit seiner Beschlussfassung das Vorhaben im Süden auf der Fläche des ehemaligen Gutes Mahlsdorf auf den Weg gebracht und entschieden, darüber hinaus ein Gesamtkonzept zur Weiterentwicklung des gesamten Ortsteilzentrums zu erarbeiten. Das zeigte auch schon Wirkungen, die Akteure des Standortes am Bahnhof wollen den seit langem geforderten Umbau bzw. Neubau ihres Projektes in Angriff nehmen. Der Bezirk wird beide Vorhaben gleichermaßen unterstützen; denn es geht um die Entwicklung des gesamten Ortsteilzentrums.

Die Erarbeitung des Gesamtkonzeptes wird am Dienstag, dem 28. September 2010, um 19 Uhr in der Friedrich-Schiller-Grundschule, An der Schule 13, 12623 Berlin, mit einer öffentlichen Versammlung für alle Akteure beginnen.

Der Prozess der Erarbeitung ist eine anspruchsvolle Herausforderung nicht nur der Inhalte wegen. Gehören doch so komplexe Fragen wie die Gesamtverkehrslösung für Mahlsdorf oder

die Gestaltung des öffentlichen Raumes und die Entwicklung des kleinteiligen Einzelhandels dazu. Berlin ist im nächsten Jahr im Wahlkampf. Es muss gelingen, die bisherige konstruktive und gute Zusammenarbeit im Bezirksamt fortzusetzen und eine an der Sache orientierte Auseinandersetzung für die Entwicklung in Mahlsdorf zu befördern.

Für mich ist dies eine Bewährungsprobe für die kommunalpolitischen Akteure, es gilt zu beweisen, dass nachhaltige ganzheitliche Lösungen für die Kommune im Vordergrund stehen, damit die Bürgerinnen und Bürger auch das Bedürfnis haben, zur Wahl zu gehen. Dieser Ansatz wird hoffentlich von vielen politischen Akteuren verfolgt werden. Die Vertreterinnen und Vertreter der Partei DIE LINKE im Bezirksamt und in der Bezirksverordnetenversammlung, dessen bin ich mir sicher, werden diesen Ansatz verfolgen, und ich persönlich baue auf eine breite aktive Unterstützung der Genossinnen und Genossen vor Ort.

Norbert Lüdtke, Bezirksstadtrat
für ökologische Stadtentwicklung

Man gönnt sich ja sonst nichts, ...

... aber an diesem Sonntag im Juli, soll Politik durch russische Volkslieder verschönt werden, es gibt kraftvolle Thüringer Bratwurst und hinterher laden Kaffee und Kuchen ein. Dagmar Pohle und Petra Pau sind eben doch Namen, die Anfang Juli selbst bei 35 Grad gefühlter Temperatur und beginnenden Schulferien 32 Biesdorfer ins Schloss holen. Was viele im Raum beschäftigt, die von der Bundesregierung gewollte Gesundheitsreform, der Mangel an Ärzten im Wohngebiet - Dagmar Pohle sagt, wie sie sich für die Bürgerinnen und Bürger engagiert. DIE LINKE beteiligt sich an einer Petition gegen das Konzept der Merkel-Regierung; eine Frau im Raum bietet sich zum Unterschriften sammeln an: „... kann ich mir eine Liste bei Ihnen abholen, ich bin nicht Mitglied der LINKEN?!“ Und Dagmar Pohle zu einer anderen Teilnehmerin: „... geben Sie mir Ihre Adresse, ich hole mir die Liste mit den Unterschriften bei Ihnen ab.“ Das Forum, von Regina Kittler umsichtig organisiert und freundlich moderiert. Petra Pau erzählt von ihrer Ungarnreise, es ging um das Dorf Tatarszentgyörgy, wo Menschen von Rechtsextremisten umgebracht und ihre Häuser abgebrannt wurden. Dort war sie, aus Solidarität mit den Roma, die dort wohnen, und die wenigstens beim Aufbau ihrer zerstörten oder abgepackelten Häuser unterstützt wer-

den sollen. Petra Pau verwies hier auf die Folgen ungelöster sozialer Probleme im Land, wo Rechtsextremismus leichtes Futter findet für „Schuld sind die Zigeuner“.

Was den Bahnhof Biesdorf betrifft, konnte sich die Bürgermeisterin auf die Erfolgsmeldung beschränken, dabei auf die Jahre Ausdauer und das Engagement der Beteiligten des Bürgerhaushalts verweisen.

Eberhard Roloff befriedigte die Info-Bedürfnisse von Einwohnern nach dem Wasser-Volksbegehren. Im Vorraum hatte er Unterschriften-Listen ausgelegt, von vielen der Anwesenden genutzt.

Die Bürgermeisterin war engagiert, als es an diesem Vormittag um die Vergabe von Berechtigungen für betreutes Wohnen für Jugendliche ging. Sie wandte sich vor allem gegen die doppelbödige Haltung jener Bürger, die die Unterbringung zwar befürworten, aber nicht in der eigenen Nachbarschaft.

In der Einladung, die Dagmar Pohle und Regina Kittler gemeinsam mit anderen bei ihrer Steckaktion im Getreideviertel und in der Oberfeldstraße verteilt haben, wurde als musikalischer Beitrag eine GRUPPE TROIKA angekündigt - ein bisschen mehr „Katjuscha“ hätte ich gut ganz gefunden! Vielleicht beim nächsten Mal!

Wilfried Maier

Kurz berichtet:

Aus dem Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand hat sich im Juli und August mit der Diskussion zum Entwurf des Parteiprogramms und mit der Vorbereitung der Basiskonferenz am 13. September und der Hauptversammlung am 9. Oktober zur Weiterführung der Diskussion „Zur sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen in Marzahn-Hellersdorf“ und zur Wahl der Delegierten zum Berliner Landesparteitag beschäftigt.

Weiter haben wir über die Position der LINKEN zur Gesundheitspolitik der Schwarz-gelben Regierung beraten. DIE LINKE wird innerhalb der Aktionen im Herbst insbesondere zum Protest gegen die Pläne aufrufen, durch eine „Kopfpauschale“ die Kosten im Gesundheitswesen deutlich zu Ungunsten der gesetzlich Krankenversicherten „umzuverteilen“ - auch wenn das offenbar durch eine „Salamitaktik“ etwas verschleiert werden soll. Vom Bundesvorstand gibt es dazu ein Arbeitsmaterial, das wir auf den September-Beratungen den Basissprechern zur Verfügung stellen werden.

Bedeutenden Umfang in der Tätigkeit des Bezirksvorstandes hatte die Planung und Vorbereitung des Wahlkampfes für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung im Herbst 2011. Für die Wahl zum Abgeordnetenhaus ergibt sich für uns eine wichtige Veränderung - auf Grund der Entwicklung der Einwohnerzahl umfasst Marzahn-Hellersdorf jetzt nur noch 6 statt bisher 7 Wahlkreise und kann dementsprechend auch nur 6 Abgeordnete mit Direktmandat in das Abgeordnetenhaus entsenden. DIE LINKE hat natürlich das Ziel, ihre Mandate zu verteidigen und auch das Mandat im Wahlkreis 5 (entspricht weitgehend dem bisherigen Wahlkreis 5) zu erringen.

Außerdem wollen wir natürlich unsere Mehrheit in der BVV halten oder noch besser ausbauen mit dem Ziel, wieder die Bürgermeisterin/den Bürgermeister zu stellen. Dazu werden erhebliche Anstrengungen nötig sein. Es gilt, die erreichten Ergebnisse gut darzustellen, Überlegungen für zukünftige Entwicklungen auszuarbeiten und natürlich auch gut überlegte Vorschläge für Kandidaturen zu unterbreiten.

Das alles muss auch organisatorisch und finanziell abgesichert sein - dazu wurden eine inhaltliche Konzeption und ein Zeitplan erarbeitet, die wir in den nächsten Wochen mit den Basisgruppen diskutieren werden.

Die Hauptversammlung wird bereits dazu dienen, auf einem wichtigen Gebiet - der Bildungspolitik - Schwerpunkte zu bestimmen, die dann in unser Wahlprogramm einfließen werden.

Bernd Preußner

Aus den Siedlungsgebieten:

Einzelhandel im Siedlungsgebiet sichern!

Die Diskussionen zum geplanten Bauvorhaben in Mahlsdorf werden immer wieder mit der Forderung nach der Erhaltung von Einzelhändlerstandorten verbunden. Nach stadtplanerischen Aspekten ist die Zulässigkeit von Einzelhandelsvorhaben immer dann gegeben, wenn die Vorhaben der Nahversorgung dienen. Besondere Regelungen bestehen für großflächige Einrichtungen mit mehr als 800 m² Verkaufsfläche, die über die Festsetzung von Bebauungsplänen zulässig sind. Weite Teile der Siedlungsgebiete gehören zum „unbeplanten Innenbereich“. Dort regelt sich die Zulässigkeit von Einzelhandel nach Einfügung in die nähere Umgebung nach § 34 Baugesetzbuch. Hier versucht der Bezirk mit dem im Mai 2008 von der BVV beschlossenen Zentren- und Einzelhandelskonzept, die Nahversorgung in den Siedlungsgebieten zu sichern. Dabei werden das historisch gewachsene Ortsteilzentrum nördlich und südlich des S-Bahnhof Mahlsdorf, das Ortsteilzentrum im südlichen Bereich des Hultschiner Damms und das Umfeld des Bahnhofs Kaulsdorf als zentrale Orte gewürdigt. Längs der Chemnitzer Straße haben sich in Streulagen mehrere Einzelhandelsstandorte angesammelt. Im Bereich südlich der Heerstrasse konzentrieren sich Einzelhandel und Dienstleistungen so, dass von einem Nahversorgungszentrum gesprochen werden kann. Hier sollten Bemühungen der

Anwohner und Anwohnerinnen unterstützt werden, die Attraktivität des Gebietes noch weiter zu entwickeln. In Biesdorf dominiert das im Entwicklungsgebiet Biesdorf-Süd geplante und errichtete Biesdorf-Center. Mit Ausnahme des als Teils der Großsiedlung errichteten Nahversorgungszentrums Cecilienstraße sind ansonsten nur Einzelhandelsstandorte in der Nahversorgung, wie z.B. in der Oberfeldstraße zu finden. Ein wichtiger Faktor zur Beurteilung der Weiterentwicklung von Einzelhandel ist das Kaufkraftniveau der Bewohnerinnen und Bewohner. Hier sind die Gebiete von Friedrichsfelde-Ost, Biesdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf von der Gesellschaft für Konsumforschung über den Bundesdurchschnitt liegend eingeordnet worden. Deshalb ist es aus der Sicht unserer Fraktion notwendig, die planungsrechtlichen Voraussetzungen der Entwicklungen in der Cecilienstraße, in der Köpenicker Straße, am S-Bahnhof Kaulsdorf, am S-Bahnhof Mahlsdorf und in Mahlsdorf Süd zu schaffen. Unabhängig davon besteht unterhalb der Versorgung mit Discounter hinreichend Spielraum für Vorhaben zur Nahversorgung. Hier sollten wir Händlerinnen, Händler und Gesellschaften zur weiteren Ansiedlung bestärken!

Klaus-Jürgen Dahler

Fraktionsvorsitzender der LINKEN
in der BVV

Frankreichs rassistische Hetze gegen Roma und Sinti

Das Muster ist bekannt: Sinken die Umfragewerte in den Keller, schimpfen Regierungen auf die Schwächsten in der Gesellschaft und versuchen diese zu Sündenböcken für die Situation im Lande zu machen. So oder ähnlich muss man wohl die derzeitige Politik des französischen Präsidenten Sarkozy gegenüber Roma und Sinti werten. Der will mit dem Thema Sicherheit offenbar von dem Spendenskandal in seinem Kabinett ablenken.

Angefangen hat alles mit dem Tod eines jugendlichen Roma, der beim Versuch, eine Polizeikontrolle zu durchbrechen, erschossen wurde. Daraufhin kam es zu Übergriffen seitens Roma und Sinti auf eine Polizeistation. Die französische Regierung reagierte mit einer Kampfansage: Die als „Zigeunerlager“ bezeichneten Flüchtlingsunterkünfte sollen aufgelöst werden, da sie Hort von „Menschenhandel und Prostitution“ seien. Insgesamt gibt es an die 600 solcher Lager, davon sollen 300 innerhalb weniger Wochen zwangsgeräumt werden. Viele Roma und Sinti stehen kurz vor der Abschiebung. Denjenigen, die im Besitz einer französischen Staatsbürgerschaft sind, will Sarkozy selbige entziehen. Sarkozy bedient nicht nur fremdenfeindliche Ressentiments, sondern be-

fehligt auch praktisch eine rassistische Politik gegenüber Roma und Sinti, die er unter Generalverdacht stellt. Der Industrieminister Frankreichs prägte gar die Formel: „Entweder Franzose oder Ganove“.



Während sich die Betroffenen verzweifelt wehren und tagtäglich auf ihre Situation aufmerksam zu machen versuchen, äußern 79 % der französischen Bevölkerung Zustimmung zu dem Vorgehen der Regierung.

Was in Frankreich gerade passiert, ist ein Angriff auf die Menschenrechte und auf die Gleichheit vor dem Gesetz, egal welcher Her-

kunft man ist. Doch nicht nur in Frankreich werden Roma und Sinti beleidigt, angegriffen und ausgegrenzt. Italien könnte Frankreich als Vorbild gedient haben. Dort hatte man den „Nomadennotstand“ ausgerufen und ebenfalls zahlreiche Roma-Lager geräumt, so dass diese oft obdachlos wurden. In Ungarn konnte zuletzt die rechtsextreme Jobbik-Partei mit ihrer Propaganda gegen Roma und Sinti bei den Wahlen zulegen. Bereits 2009 starben zwei Roma, darunter ein Kind, bei einem rassistischen Übergriff. Obwohl sich Roma und Sinti in den vermeintlichen Herkunftsländern nicht sicher fühlen können, werden sie auch aus Deutschland weiterhin abgeschoben. Zum Beispiel in den Kosovo, wo sie häufig nicht einmal die dortige Sprache verstehen.

Die Linksjugend [‘solid] fordert einen sofortigen Abschiebestopp und die Wahrung des Rechtsanspruchs auf Asyl. Wer eine Staatsbürgerschaft besitzt, dem kann man diese nicht mit dem Verweis auf „fremde Herkunft“ einfach wegnehmen. Wer das fordert, stellt Roma und Sinti unter Generalverdacht. Diese rassistische Hetze gegen Roma und Sinti muss endlich aufhören.

Linksjugend [‘solid] Bundesverband

Linksjugend [‘solid] auf dem Europäischen Sozialforum in Istanbul

Vom 1. bis 4. Juli 2010 fand in Istanbul das 6. Europäische Sozialforum statt. Die Linksjugend [‘solid] beteiligte sich mit einer achtköpfigen Delegation, die durch die finanzielle Unterstützung der Linksfaktion im Europäischen Parlament zustande kam. Seit 2002 treffen sich auf den Sozialforen regelmäßig soziale Bewegungen aus ganz Europa, um Erfahrungen auszutauschen, sich zu vernetzen und gemeinsame soziale Kämpfe zu koordinieren.

Das Sozialforum in Istanbul beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit den Auswirkungen der Krise und den unterschiedlichen Protesterfahrungen linker Bewegungen in den europäischen Ländern. Die Linksjugend [‘solid] bot gemeinsam mit anderen Organisationen eine Veranstaltung zum Thema Bildungsproteste an. Katharina Dahme aus dem BSPR hierzu: „Unser Workshop war sehr gut besucht und führte zu interessanten De-

batten mit verschiedenen Partnerverbänden. Seit Beginn der Sozialforumsbewegung beteiligen wir uns als Organisation mit eigenen Veranstaltungen. Jedes Jahr wieder ist die europäische Vernetzung im Rahmen des Sozialforums ein wichtiger Punkt unserer internationalen Arbeit.“

Am Rande des ESF fand ein Treffen verschiedener europäischer Jugendorganisationen des Netzwerkes ENDYL statt. Björn Buschbeck aus dem BAK Internationales dazu: „Wir konnten unsere internationalen Kontakte auffrischen und längere Debatten mit unseren Partnerverbänden führen. Ich denke, dass Istanbul ein guter Start war, um das internationale Profil unseres Verbandes langfristig



wiederzubeleben. Gerade im Angesicht der Krise bleibt uns als Linken nichts anderes übrig, als unsere Kräfte grenzübergreifend zu bündeln. Das ESF ist hierbei ein Schritt in die richtige Richtung gewesen!“

Linksjugend [‘solid] Bundesverband

Veranstaltungen**Basiskonferenz**

» **13.9., 18 Uhr**, Kulturforum Hellersdorf, Carola-Neher-Straße 1, 12619 Berlin, **Thema: Lage von Kindern und Jugendlichen in Marzahn-Hellersdorf**; in Vorbereitung der Hauptversammlung (Termin 9.10.)

Politische Bildung

» **14.9., 19 Uhr**, KulturGut Marzahn, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, „**Das grüne Marzahn**“, Referent: Joachim Lindner, Moderation: Dr. Wolfgang Girnus. Eintritt 1,50 Euro

Politischer Frühschoppen

» **26.9., 11 - 13 Uhr**, Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin, mit Petra Pau (MdB), Dagmar Pohle, Bezirksbürgermeisterin, Regina Kittler, stv. Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der BVV

Schöner leben ohne Nazis ...

» **30.9., 16 Uhr**, Alice-Salomon-Platz, 12627 Berlin, gemeinsame Open-air-Veranstaltung von Parteien, sozialen Trägern, Stadtteilzentren, Vertretern des Bezirksamtes mit Musik, Film, Podiumsdiskussion

Wer macht mit?

Wer ist zwischen 16 und 35 Jahre alt und hat Lust, eine Gruppe, die unter dem Namen „**Junge Linke/Solid-Gruppe in Marzahn-Hellersdorf**“ aktiv wird, zu gründen?

Bei Interesse bitte bei Martina Beyer unter 030 9786955 oder 0177 1401770 melden.

20 Jahre Peter-Weiss-Bibliothek

» **16.9., 18.30 Uhr**, Galerie, Quedlinburger Str. 10, 12627 Berlin, Eröffnung einer **Ausstellung: »Berlin und seine Literaten«**, Holzschnitte von Knut Norbert Firchau

» **18.9., 14 Uhr**, Rathaussaal, Alice-Salomon-Platz 3, 12627 Berlin, **festliche Veranstaltung zum 20. Geburtstag der Bibliothek, Würdigung** der ehrenamtlichen Bildungs- und Kulturarbeit **der Peter-Weiss-Bibliothek** durch Stefan Komoß, stv. Bezirksbürgermeister. Barbara Kellerbauer, deren Tochter Johanna und der Pianist Reinmar Henschke mit dem **Programm: »Ach, was sind wir doch romantisch!«** (Lieder und Texte von Heinrich Heine, Bertolt Brecht und Nachgeborenen)

Hinten links**Konskription und Wehrpflicht**

Der Begriff „Konskription“ (lat.= Aufzeichnung) wurde bekannt durch das französische Wehrgesetz vom 5.9.1798, welches erstmals institutionell für ein stehendes Heer die „allgemeine Wehrpflicht“ einführte. Dieses verbot die individuelle Exemption (persönliche Stellvertretung). Napoleon Bonaparte dekretierte am 8.3.1800 im bürgerlichen Interesse die Einschränkung der allgemeinen Wehrpflicht durch möglichen Loskauf oder persönliche Stellvertretung. Unter Napoleons Druck fand die Konskription Eingang u. a. in Österreich und den meisten deutschen Klein- und Mittelstaaten.

Nur die besitzenden Schichten konnten die relativ hohen Summen aufbringen; damit war der Militärdienst praktisch den Armen aufgebürdet.

Als erster Staat schaffte Preußen 1866 dieses undemokratische K-System ab.

Die Franzosen und Deutschen haben die allgemeine Wehrpflicht bis heute – auf Berufssoldaten hingegen setzen die USA und die Briten in Friedenszeiten.

Frage

Wer hat welche Interessen an der Abschaffung der Wehrpflicht in Deutschland – und mit welchen sozial-gesellschaftlichen Folgen?

R. Rüdiger

Bezirksvorstand

» **7.9., 21.9., 5.10.** jeweils 19.30 Uhr Beratung des Bezirksvorstandes, im Linken Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

Basisgruppensprecher-Beratungen

» **6.10.**, 18 Uhr (BO Wahlkreis 4) Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55

» **6.10.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 1, 2, 3) Alt-Marzahn 64

» **7.10.**, 19 Uhr (BO Springpfuhl) Bürgerhaus, Marchwitzstr. 24/26

» **7.10.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 5 - 7) Henny-Porten-Str. 10-12

Freundeskreis / IG SeniorInnen

» **21.9., 18 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, **Freundeskreis Cuba**

» **30.9., 15 Uhr**, Klubkeller, Alt-Marzahn 64, **IG SeniorInnen**

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mittwochs 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

Sprechstunden

» **1.9., 16 - 18 Uhr**, **Petra Pau (MdB)**, Wahlkreisbüro, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Anmeldung unter Telefon 99289380

» **14.9., 18.30 - 20 Uhr**, **Wolfgang Brauer (MdB)**, **Petra Wermke** (BVV-Vorsteherin), Bürgerzentrum Marzahn-NordWest (Atrium des Havemann-Centers), Wörlitzer Straße 3a, 12689 Berlin

» **16.9., 14 - 16 Uhr**, **Bärbel Holzheuer-Rothensteiner (MdB)**, Kieztreff interkulturell, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» **20.9., 17 - 18 Uhr**, **Dagmar Pohle**, Bezirksbürgermeisterin und Stadträtin für Soziales, und **Regina Kittler**, stv. Vorsitzende der Linksfraktion in der BVV und Vorsitzende des Ausschusses Siedlungsgebiete und Verkehr, Schloss Biesdorf, Turmzimmer, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin

» **20.9., 18 Uhr**, **Dr. Gabriele Hiller (MdB)**, „Roter Baum“ e.V., Stendaler Straße 43, 12627 Berlin

» **27.9., 16 Uhr**, **Dr. Margrit Barth (MdB)**, Kieztreff interkulturell, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» **jeden Donnerstag, 10 - 13 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, **Klaus-Jürgen Dahler**, BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
(fon: 5412130/9953508 - fax: 99901561)

Offen:

Montag	13 - 17 Uhr
Dienstag	9 - 17 Uhr
Donnerstag	9 - 19 Uhr
Freitag	9 - 15 Uhr

Bitte beachten:

Jeden Mittwoch ist der Linke Treff geschlossen

Impressum Marzahn-Hellersdorf links

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrer Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin
fon: 5412130/9953508, fax: 99901561.

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Redaktionsschluss: 30.8.2010. Auslieferung ab: 1.9.2010. **Druck:** Eigen- druck. „**Marzahn-Hellersdorf links**“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 7.10. und 4.11.2010.